



Detailansicht des Registereintrags

Institute for Strategic Dialogue gGmbH

Aktuell seit 30.06.2026 15:48:55

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R003506
Ersteintrag:	16.03.2022
Letzte Änderung:	30.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Postfach 80647 10006 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493021783307 E-Mail-Adressen: verwaltung@isdglobal.org yl@isdglobal.org Webseiten: isdgermany.org

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

100.001 bis 110.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sarah Kennedy**
Funktion: Managing Director

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Julia Ebner**
2. **Cornelius Adebahr**
3. **Mauritius Dorn**
4. **Sina Laubenstein Medina**
5. **Jakob Guhl**
6. **Beatriz Almeida Saab**
7. **Nathalie Rücker**
8. **Richard Kuchta**
9. **Sophie Scheuble**

Mitgliedschaften (5):

1. European Policy Centre (EPC)
2. DSA CSO Coordination Group
3. DSA Research Network
4. People vs Big Tech
5. DSA Forschungsnetzwerk - Circle of Friends

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU; Extremismusbekämpfung; Internetpolitik; Massenmedien; Meinungs- und Pressefreiheit; Werbung; Strafrecht; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung; die Förderung der Volksbildung; und die Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Diese Zwecke werden insbesondere wie folgt verwirklicht: Der Zweck, Wissenschaft und Forschung zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: Erforschung und eingehende Analyse von Zielgruppen, Netzwerken, Trends und Inhalten bezogen auf Extremismus; und Entwicklung, Erprobung und

Skalierung von effektiven Lösungen zur Bekämpfung des Extremismus sowie der ihm innewohnenden Eigenschaften von Hass, Spaltung und Konflikt; Der Zweck, die Volksbildung zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: Durchführung innovativer globaler Bildungsprogramme, die die Resilienz gegen Hassreden, Fehlinformationen und Extremismus erhöhen; Durchführung von Maßnahmen wie Seminaren, Vorträgen, Konferenzen, Bildungsprojekten und anderen Initiativen zur Förderung der Volksbildung in Form Deutschland und weltweit in den Bereichen Staat, Wirtschaft, Politik, Recht, Verwaltung und Sozialwissenschaften sowie der Bedeutung von Menschenrechten und Gleichberechtigung; Beauftragung oder Durchführung von Forschung und Veröffentlichungen sowie Verbreitung oder Beauftragung der Veröffentlichung solcher Forschungsergebnisse oder anderer Informationen (sowie die Abgabe von Erklärungen hierzu) in jeglicher Form, einschließlich Bücher, Broschüren, Berichten, Zeitschriften, Filmen, Videobändern und Programmen, sei es in Papier-, Bild-, elektronischer oder in einer sonstigen Form, die für die Förderung der in § 2 Abs. 1 genannten Objekte als wünschenswert erscheint; Einflussnahme auf die öffentliche Meinung durch Diskussion und Bildung und im Wege der vorgenannten Maßnahmen; Der Zweck, die internationale Gesinnung, die Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und den Völkerverständigungsgedanken zu fördern, wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht: direkte unentgeltliche Beratung von Regierungen, Städten, Mandatsträgern, multilateralen und internationalen Organisationen sowie des Privatsektors in Bezug auf den Einsatz bestimmter Mittel und Wege zu einer sichereren und kohärenteren globalen Gesellschaft und Kultur; Schulung solcher Vertreter, Meinungsmacher, politischer Entscheidungsträger und Praktiker in Fragen, die eine bürgerliche Kultur der Freiheit, FormOffenheit und der Achtung der Rechte anderer betreffen; und Anwendung von Daten, Technologien und Marketingtaktiken, um eine angemessene Reaktion auf extremistische Propaganda und Nachrichtenübermittlung zu ermöglichen. Die vorstehende Aufzählung der einzelnen Maßnahmen ist nur beispielhaft. Die anhaltende grenzüberschreitende sowie inländische Bedrohung durch Polarisierung und Extremismus wird bestimmen, ob die Auflistung einzelner Maßnahmen unter Einhaltung des Satzungszwecks erweitert oder eingeschränkt wird. Die Gesellschaft kann darüber hinaus alle mit ihrer Stellung als gemeinnützige Körperschaft zu vereinbarenden Maßnahmen ergreifen, die ihre Zwecke fördern.

Darüber hinaus verwirklicht die Gesellschaft die unter § 2 (1) genannten Zwecke i.S.v. § 58 Nr. 1 AO durch Beschaffung von tatsächlichen und finanziellen Mitteln und durch Weiterleitung dieser Mittel an steuerbegünstigte Körperschaften. Insoweit fungiert die Gesellschaft als Fördergesellschaft im Sinne einer Mittelbeschaffungskörperschaft. Die Beschaffung von Mitteln für eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus, dass diese selbst steuerbegünstigt ist und die Mittel unmittelbar und ausschließlich für die in § 2 Abs. 1 des Vertrages genannten Zwecke verwendet. Soweit die Gesellschaft ihre Aufgaben nicht selbst wahrnimmt, wird sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 Satz 2 AO bedienen. Die Gesellschaft darf Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen errichten.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Stärkung der Abschreckung gegen hybride und kognitive Kriegsführung

Beschreibung:

Der Einsatz hybrider Kriegsführung durch autoritäre Regime hat in den letzten zehn Jahren dramatisch zugenommen. ISD Germany empfiehlt eine effektivere Strategie gegen hybride und kognitive Kriegsführung, einschließlich des Einsatzes flexibler, asymmetrischer Instrumente. Dabei sollen die demokratischen Normen und ethischen Grundsätze jedoch stets gewahrt bleiben.

Interessenbereiche:

Extremismusbekämpfung [[alle RV hierzu](#)]; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [[alle RV hierzu](#)]

2. Ganzheitlicher Ansatz zum Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt

Beschreibung:

Kinder und Jugendliche sind einer zunehmend hybridisierten Risikolandschaft im Internet ausgesetzt. ISD Germany setzt sich daher für einen ganzheitlichen Ansatz ein, der Forschung und Datenzugang stärkt, zur Durchsetzung geltender Transparenz- und Rechenschaftspflichten beiträgt und Kompetenz- und Präventionsangebote ausbaut. ISD Germany hat im Rahmen des Konsultationsprozesses der unabhängigen Expertenkommission „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ eine Stellungnahme eingereicht.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [[alle RV hierzu](#)]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

3. Erleichterung der Rechtsdurchsetzung für Betroffene im Gesetz gegen digitale Gewalt

Beschreibung:

Das Ausmaß digitaler Gewalt stellt ein großes Problem für die Demokratie dar. ISD Germany empfiehlt einen ganzheitlichen Ansatz, zu dem insbesondere die Erleichterung der Rechtsdurchsetzung für Betroffene digitaler Gewalt gehört. ISD Germany hat eine Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMJV eines Gesetzes zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt vom 16. April 2026 eingereicht.

Interessenbereiche:

Internetpolitik [[alle RV hierzu](#)]; Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU [[alle RV hierzu](#)]; Strafrecht [[alle RV hierzu](#)]; Verbraucherschutz [[alle RV hierzu](#)]

4. Durchsetzung und Weiterentwicklung des Digital Services Acts

Beschreibung:

Der DSA ist eine komplexe Regulierung, deren Durchsetzung Ressourcen erfordert und die angesichts fortlaufender technologischer Entwicklungen und Erkenntnisse weiterentwickelt werden sollte. ISD Germany fordert eine angemessene Ausstattung des deutschen DSCs

sowie eine Erhöhung des Forschungsetats. Ferner bringt ISD Germany Forschungsbefunde und evidenzbasierte Empfehlungen in die Diskussion zur Weiterentwicklung des DSA ein.

Betroffenes geltendes Recht:

DDG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

5. **Revision der Audiovisuelle Mediendienste-Richtlinie**

Beschreibung:

Die freie Meinungsbildung und die Meinungsfreiheit sind Grundlagen liberaler Demokratien. Bei der Weiterentwicklung der regulatorischen Instrumente für den digitalen Raum bringt ISD Germany Forschungsbefunde und evidenzbasierte Empfehlungen ein. Die AVMD-RL.

Interessenbereiche:

Internetpolitik [alle RV hierzu]; Meinungs- und Pressefreiheit [alle RV hierzu]

6. **Förderung der demokratischen Resilienz im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU**

Beschreibung:

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Think Tanks mit Fokus auf Digitales leisten wichtige Beiträge zur Sicherheit und zur Wettbewerbsfähigkeit der EU. ISD Germany setzt sich dafür ein, dass diese Beiträge im Rahmen des nächsten MFR, insbesondere im AgoraEU-Programm, nachhaltig und unbürokratisch gefördert werden.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 333/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft - der Mehrjährige Finanzrahmen 2028-2034

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (5):

1. Auswärtiges Amt (AA)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Das vom Auswärtigen Amt (AA) geförderte Projekt (OGBV) „Monitoring Online Gender Based Violence Around the European Parliament Election 2024“ untersucht OGBV auf der Plattform TikTok in vier Sprachen: Englisch, Deutsch, Französisch und Ungarisch und zielt darauf ab, evidenzbasierte Empfehlungen zu entwickeln, um sicherere und inklusivere digitale Räume zu schaffen, die demokratische Werte fördern.

2. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Kooperationsprojekt erforscht, welche Rolle Prominente in der politischen Kommunikation und beim Verbreiten von Desinformation in sozialen Medien spielen

3. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 330.001 bis 340.000 Euro

Das von der europäischen Union geförderte Projekt EU Jordan "Strengthening Prevention and Response Mechanisms to Intersectional Online Hate Speech in Jordan" hat zum Ziel, Präventions- und Reaktionsmechanismen gegen intersektionale Hassrede im Internet in Jordanien zu stärken, alternativen arabischen Online-Inhalt zu fördern, der Hassrede entgegenwirkt und soziale Kohäsion sowie individuelle Resilienz stärkt, sowie den politischen Rahmen und die institutionelle Kapazität zur Bekämpfung von Hassrede im Internet zu verbessern.

4. Europäische Union

Europäische Union

Brüssel

Betrag: 860.001 bis 870.000 Euro

Das von der Europäischen Union geförderte Projekt STRIVE Cities zielt darauf ab, Städten und lokalen Behörden kontextualisierte, evidenzbasierte Strategien, Programme und technische Unterstützung bereitzustellen, um Extremismus auf städtischer Ebene im Einklang mit den Menschenrechten zu verhindern.

Das von der Europäischen Union geförderte Projekt DSA Compliance Monitoring zielt darauf ab, die Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/2065 durch als Sehr Große Online-Plattformen (VLOPs) oder Sehr Große Online-Suchmaschinen (VLOSEs) ausgewiesene Akteure zu überwachen. Im Rahmen einer Studie werden Risikominderungsmaßnahmen in drei Hauptbereichen untersucht: Illegale Inhalte, einschließlich illegaler Hassrede und terroristischer Inhalte, Bürgerlicher Diskurs und Integrität von Wahlen

5. **Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

Nordrhein-Westfalen

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Das vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Pilotprojekt „Desinformation lokal begegnen“ unterstützt Kommunen in NRW dabei, Desinformation auf lokaler Ebene zu erkennen, einzuordnen und ihr wirksam zu begegnen. Ziel ist es, die Resilienz von Verwaltungen, kommunalpolitischen Akteuren und der lokalen Öffentlichkeit gegenüber Falsch- und Desinformation zu stärken.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

800.001 bis 810.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (10):

1. **Institute for Strategic Dialogue**

Betrag: 370.001 bis 380.000 Euro

Spende zur Weiterentwicklung der Organisation.

2. **Gemeinnützige Hertie-Stiftung (ghst)**

Betrag: 90.001 bis 100.000 Euro

Das Gemeinschaftsprojekt mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung ist ein Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Schulungen mehr über die Ausbreitung von Hassrede, gezielter Desinformation und Verschwörungserzählungen zu erfahren und etwas dagegen zu tun

3. **Robert Bosch Stiftung**

Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro

Das Gemeinschaftsprojekt mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung ist ein Angebot für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Schulungen mehr über die Ausbreitung von Hassrede, gezielter Desinformation und Verschwörungserzählungen zu erfahren und etwas dagegen zu tun

4. **Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF)**

Betrag: 60.001 bis 70.000 Euro

Das von der Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) geförderte Pilotprojekt trägt zur Stärkung von Resilienz und Reaktionsfähigkeiten bei Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gegen hybrider Demokratiegefahren mit Fokus auf Desinformation in Deutschland bei

5. **Tides Foundation**

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro

Das von der Tides Stiftung geförderte Projekt zielt darauf ab, eine gesamteuropäische Koalition zur Bekämpfung von Online-Antisemitismus (CCOA) aufzubauen. Diese Koalition wird eine breite Palette von Akteuren, die im Bereich Antisemitismus tätig sind, zusammenbringen, z.B. zivilgesellschaftliche Organisationen, Städte, Unternehmen, Praktiker und Bürgerinitiativen, um eine neue Reihe von Partnerschaften zur großflächigen Bekämpfung von Online-Antisemitismus zu schaffen.

6. Finkelstein Stiftung

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Das von der Finkelstein-Stiftung geförderte Projekt entwickelt ein Toolkit als Pilotmodul für den Bildungsbereich in Deutschland. Es richtet sich speziell an Lehrkräfte als Multiplikator*innen und nutzt Ressourcen und Feedback des CCOA-Netzwerks. Im Zentrum steht ein Vergleich der Strukturen, Ziele und Narrative ideologischer Ungleichheiten innerhalb von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Ziel ist es, Multiplikator*innen mit Hintergrundwissen auszustatten und ihre Handlungssicherheit in Konfliktsituationen zu stärken, um Dialoge zwischen verhärteten Fronten zu ermöglichen.

7. Alfred Landecker Foundation

Betrag: 380.001 bis 390.000 Euro

Das von der Alfred Landecker Foundation geförderte Projekt Digital Policy Lab ist eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, die sich darauf konzentriert, den regulatorischen und politischen Weg zur Verhinderung und Bekämpfung von Online-Schäden wie Hassrede, Extremismus und Terrorismus sowie Desinformation und Fehlinformation im Internet zu ebnet.

8. Stiftung Mercator GmbH

Betrag: 180.001 bis 190.000 Euro

Das von der Stiftung Mercator geförderte Projekt "AHEAD.TECH - Researching and Mitigating Systemic Risks for Elections" zielt darauf ab, die Entwicklung methodischer Grundlagen für die Erforschung systemischer Risiken, die für demokratische Wahlen aufgrund von Miss- und Desinformation in sozialen Medien entstehen.

9. Freie Universität Berlin (DFG)

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Das von der Freien Universität (DFG) geförderte Projekt „Germanosphere“ zielt darauf ab, misogynistische Online-Milieus im deutschsprachigen Internet umfassend zu analysieren. Diese sogenannten „Mannosphäre“-Gruppen, darunter „Incels“, „Pick-Up Artists“ und „Männerrechtsaktivisten“, propagieren Frauenfeindlichkeit, lehnen Feminismus und liberale Gesellschaftsordnungen ab und verbreiten Gewaltfantasien.

10. Institute for Strategic Dialogue

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro

Das von NLI (via ISD UK) geförderte Projekt zielt darauf ab, pro-kremlische, pro-chinesische (CCP) und von Iran unterstützte Einfluss- und Cyber-Hacking-Operationen zu identifizieren und offenzulegen.

Das von EMIF (via ISD UK) Projekt zielt darauf ab, pro-kremlische Ökosysteme auf Social-Media-Plattformen in Polen, Slowakei und Tschechien zu kartieren.

Das von Expertise France (via ISD UK) geförderte Projekt untersucht und kartiert die

maskulinistische Szene in Mittel- und Osteuropa.

Das von Debunk EU (via ISD UK) geförderte Projekt zielt darauf ab, zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) zu befähigen, ausländische Informationsmanipulation und Einflussnahme (FIMI) zu erkennen, einzudämmen und auf sie zu reagieren. Dazu werden sogenannte FIMI Response Teams aufgebaut.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Jahresabschluss-2024-ISD-gGmbH.pdf](#)